

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dr. Anton u. Verwaltung: Drag II, Ref. 15 • Teleph. 1 20793, 31409, Nachredakt. (ab 21 Uhr): 33856 • Postamt: 37344

13. Jahrgang.

Dienstag, 21. November 1933

Nr. 272.

Schweizer Gewerkschaften für Boykottierung Mitteleuropas

Bern, 20. November. Die Schweizer Lebens-Agentur meldet: Der alle drei Jahre stattfindende große Kongress des schweizerischen Gewerkschaftsbundes der Zentralorganisation der linksgerichteten Arbeiterverbände in der Schweiz tagte in Viel in Anwesenheit eines Vertreters des Internationalen Arbeitssamtes in Genf und anderen Gästen. Die von verschiedenen Kandidaten eingereichten Anträge wurden dem Bundeskomitee überwiesen. Unter den Anträgen befand sich u. a. ein Antrag zur Boykottierung deutscher Waren, zur Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen mit dem Ausland und zur Fortsetzung des Kampfes für die Vierjahreswende. Nach einem Referat des Nationalrates Braschi wurde die Zustimmung zum eigenständigen Finanzprogramm erteilt, wenn auch einzelne Forderungen nicht im Sinne der Arbeiterverbände geregelt worden seien. Die Krisenzeit verlange aber eine einheitliche Maßnahme des Staates. Die seit einiger Zeit aufgetretenen Bewegungen und Fronten, sowie die Bestrebungen für die Einführung eines Korporationensystems, wurden in scharfer Weise abgelehnt. Eventuelle wirtschaftliche und politische Veränderungen müssten auf demokratischem Wege organisch erfolgen und dürften nicht zu einer Gleichschaltung führen, die die Selbstständigkeit der Arbeiterbewegung beeinträchtigen würde.

Goebbels blüht in Frankreich ab

„Petit Parisien“ beharrt auf seinen Enthüllungen.

Paris, 19. November. Die französische Presse weist die angekündigte diplomatische Demarche der deutschen Regierung wegen des Artikels des „Petit Parisien“ über die deutsche Propaganda im Ausland zurück. Die Blätter verweisen eintütig darauf, daß die Presse in Frankreich frei sei und daß in Frankreich die Regierung kein Rechtsmittel habe, um den Journalisten die Art der Schreibweise zu diktieren.

„Petit Parisien“ beharrt auf seinen Enthüllungen. Er schreibt, daß Donnerstag nach der Enthüllung des vertraulichen Zirkulars die deutsche Propagandazentrale an alle Zweigstellen kabletete, wahrscheinlich um in Erfahrung zu bringen, wo das Geheimnis verraten wurde.

Die Berliner Berichterstatter der Pariser Blätter bemerken, daß die deutsche Presse nichts von den enthüllten Dokumenten veröffentlichen darf.

„Petit Parisien“ veröffentlicht heute übrigens den Inhalt einer öffentlichen Broschüre, die den Titel hat „Programm der deutschen Nationalsozialistischen Partei und ihre Grundideen.“ Autor des Buches, das im Jahre 1933 in München herauskam, ist Ing. Gottfried Feder, gegenwärtig Unterstaatssekretär im Ministerium des Reichern. Auf Seite 41 und 42 heißt es darin wörtlich: „Deutschland verzichtet auf keinen einzigen Deutschen im tschechoslowakischen Sudetendeutschland, in Elsaß-Lothringen, in Polen, in der Kolonie des Völkerbundes, die Oesterreich ist, und in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Oesterreichisch-ungarischen Monarchie.“

Seletzki-Urteil bestätigt

Bukarest, 20. November. Die letzte Verhandlung im Berufungsverfahren gegen Seletzki wurde heute beendet. Nach vierstündiger Beratung fällt der Gerichtshof das Urteil, wonach das Gericht alle 54 Motive des Rekurses verworfen hat und das erstinstanzliche Urteil, das bekanntlich auf fünf Jahre Zuchthaus lautete, bestätigt.

Neuwahlen in Rumänien

am 20. und 28. Dezember.

Bukarest, 20. November. (M.) Das heutige Amtsblatt veröffentlicht das Dekret betreffend die Auflösung der Kammer. Die Neuwahlen für die Abgeordnetenkammer werden für den 20. Dezember, jene für den Senat für den 28. Dezember festgesetzt. Das neue Parlament wird für den 10. Jänner einberufen werden.

Krisenwahlen in Spanien

Gewinne der klerikal-monarchistischen Reaktion / Verluste der bürgerlichen Linken und der Sozialisten

Entscheidung erst in der Stichwahl

Madrid, 20. November. Der erste Wahlgang der allgemeinen Wahlen in die spanischen Cortes brachte, wie übrigens erwartet worden war, kein vollständiges Bild ihrer künftigen Zusammensetzung. Die Entscheidung wird erst in den engeren Wahlen fallen. Doch bestätigt sich bereits jetzt der erste Eindruck von gestern, daß bereits das erste Sturinium unstreitig ein Anwachsen der Rechten und der rechten Mitte gebracht hat.

Wenn man die Parteigruppen von der Rechten über die Mitte bis zur Linken vergleicht, wobei sich allerdings nicht immer eine feste Grenze bilden läßt, ergeben die einstweiligen Ergebnisse der gestrigen Wahlen folgendes Bild:

- Monarchisten und Nationalisten 11 Mandate, Rechtsliga 7,
- baskische Regionalisten 7,
- Agrarier 61,
- Volksaktion (Katholiken) 29,
- Radikale (Führer Lerrouz) 55,
- Konservative Republikaner 14,
- Sozialisten 25,
- republikanische Aktion 3,
- Union der katalanischen Sozialisten 7,
- Unabhängige 5 Mandate.

In das zweite Sturinium gehen fast alle Parteien, wie aus kurzen Erklärungen ihrer Führer hervorgeht, mit großen Hoffnungen. Die Rechtsparteien, die einen Wahlblock bilden, wollen in der künftigen Nationalversammlung an 200 Abgeordnete erzielen. Demgegenüber erklärte heute nachmittags der Führer der Radikalen Lerrouz, daß die Radikalen schon jetzt 80 Abgeordnete gesichert haben. Nach Ansicht von Kennern der Verhältnisse wird es bei den engeren Wahlen zu neuen Wahlvereinigungen kommen, die das gegenwärtige Bild noch wesentlich ändern können. Wie der Innenminister erklärte, werden von insgesamt 55 Provinzen in fast 30 engeren Wahlen stattfinden.

Den bisherigen Ergebnissen zufolge erzielten die Rechtsparteien in 25 Provinzen die Mehrheit. Es ist dies insbesondere der Fall in Granada, Valencia, Valladolid, Cadix, Toledo und Navarra.

Republikanischer Block bei der Stichwahl?

Sabas meldet aus Madrid: In gewöhnlich gut informierten Kreisen wird behauptet, daß der Führer der Radikalen, Lerrouz, der Regierung vorgeschlagen hat, mit den Sozialisten und den übrigen republikanischen Gruppen in Verhandlungen über die Aufstellung einer einheitlichen gemeinsamen Kandidatenliste einzutreten, mit der man im zweiten Wahlgang gegen die Rechtsfront auftreten würde.

Die Regierung soll den Vorschlag angenommen und bereits die Verhandlungen mit den Sozialisten aufgenommen haben.

Blutige Zwischenfälle

Ein Zwischenfall ereignete sich in Sevilla. Dort überfielen etwa zwanzig Personen ein Wahlbüro und im Verlauf einer sich entwickelnden Revolverschlacht wurden sechs Angehörige der Rechtsparteien getötet.

In der Ortschaft Aljucen geriet ein Sozialist mit dem Bürgermeister der Ortschaft in Streit, in dessen Verlauf der Bürgermeister mehrere Revolverschüsse auf den Sozialisten abgab, wodurch dessen Bruder schwer verletzt wurde. Darauf erwiderten Freunde des Sozialisten das Feuer, wobei eine fünfjährige Nichte des Bürgermeisters einen Kopfschuß erhielt. Ebenso wurde die Mutter des Kindes schwer verletzt. Ein Mitglied der radikalen Partei wurde durch einen Revolverschuß getötet.

Die Wahlen hatten im großen und ganzen einen ruhigen Verlauf und die Ausschreitungen waren eher nur vereinzelt und fast insgesamt

Die Gruppe des ehemaligen Ministerpräsidenten Azana trug in Bilbao den Sieg davon. Der gegenwärtige Ministerpräsident Barrios wurde in Sevilla geschlagen. Die Sozialisten haben in Madrid gesiegt.

Die Teilnahme an der Wahl war überall sehr groß, insbesondere die der Frauen, deren Wähler eine Dreiviertelmillion mehr sind als männliche. Die Nonnen aus den Klöstern nahmen überall an den Wahlen teil.

Nach Mitternacht kursierten in Madrid Gerüchte, daß ein Militäraufstand bevorstehe. Der Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten dementierte zwar um vier Uhr diese Gerüchte, doch waren trotz dieser Erklärung eine große Bewegung in der Umgebung der Kasernen und weitreichende Polizei- und Sicherheitsmaßnahmen zu beobachten.

Das spanische Wahlsystem

Von der Gesamtzahl der wahlberechtigten spanischen Wähler sind 52 Prozent Frauen. Das Wahlrecht besitzt jeder, der das 23. Lebensjahr erreicht hat. Im Ganzen gibt es 60 Wahlkreise. Belegt werden etwa 479 Mandate, wobei für die Mehrheitsparteien Wahlprämien eingeführt sind. Als Mehrheitspartei wird jene Partei angesehen, die mindestens 40 Prozent der Stimmen erreicht. Von der Gesamtzahl der Mandate von 479 sind für die Mehrheitsparteien 344 Mandate bestimmt. Der Rest von 135 Mandaten gehört den übrigen Parteien an. Ein Abgeordneter entfällt hierbei auf 50.000 Bewohner.

Was die Parteienstruktur anbelangt, steht auf der Rechten neben den Monarchisten und Faschisten die Volksaktion, die mit der Partei der Landwirte vielerorts eine Wahlgemeinschaft eingegangen ist. Das Zentrum nehmen die Radikalen als mächtigste Partei ein; ihnen gehört auch der letzte Ministerpräsident der spanischen Republik, Barrios an. Auf der Linken stehen dann die Sozialisten.

leicht. Blutige Zusammenstöße werden nur aus Sevilla gemeldet.

In einem Madrider Wahlbezirk nahm die Menge eine drohende Haltung gegenüber einem in eine Apotheke geflüchteten Mann ein, der beschuldigt wurde, zugunsten der Rechtsparteien Stimmen gekauft und jede Stimme mit zehn Peseten bezahlt zu haben. Die Volksmenge wollte ihn lynchen. Der Betreffende sowie sechs andere Personen, die ebenfalls des Stimmeukaufs beschuldigt worden waren, wurden festgenommen.

Wegen Stimmenkaufs wurden in Sevilla mehrere Personen in Haft genommen. Die Menge versuchte die Verhafteten zu lynchen, und die elf Mann starke Gendarmerie mußte sich in ihre Kasernen zurückziehen, wo sie von der Volksmenge belagert wurde.

Die bisherige Zahl der Toten in ganz Spanien beträgt sechs, die der Verwundeten insgesamt fünfzehn. Zahlreiche Personen wurden verhaftet.

Frauen entscheiden in Spanien

Die genauen Ergebnisse der am Sonntag stattgefundenen Wahlen in Spanien sind noch nicht bekannt, aber so viel ist sicher, daß ein Rückmarsch erfolgt ist und die Träger der spanischen Revolution, die bürgerliche Linke und die Sozialdemokratie, eine Schlappe erlitten haben.

Will man dieses Wahlergebnis verstehen, muß man von der spanischen Revolution ausgehen, die seit 1931 das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben Spaniens vollkommen umgestaltet hat. Durch die Abschaffung der Monarchie sind zwei Gesellschaftsklassen besonders betroffen worden, die jahrhundertlang die Stützen des spanischen Königtums gewesen sind: Großgrundbesitz und Kirche. Deswegen hat auch die spanische Revolution am schärfsten gegen diese zwei Klassen Stellung genommen. Durch eine großzügige Agrarreformgebung ist der Großgrundbesitz zum Teil enteignet und seine wirtschaftliche Macht geschwächt worden, durch die Einschränkung der geistlichen Orden und die Beseitigung der Vormachtstellung der katholischen Religion der Kirche ein schwerer Schlag verriert worden. Gleichzeitig hat die spanische Regierung ein großzügiges Werk der Sozialreform geschaffen, die Volksschule kräftig gefördert, wodurch die soziale Lage ebenso wie das geistige Niveau der tief im Feudalismus stehenden Massen gehoben wurde.

Allerdings konnte die spanische Regierung trotz aller Tatkraft nicht die Jahrhundertalten Sünden eines schwachvollen monarchistischen Regimes weitmachen. Was sich die Massen in den Wäntenträumen der Revolution versprochen haben, konnte nicht so rasch durchgeführt werden und infolgedessen lehnte sich die Enttäuschung vieler gegen die junge Republik und jene Parteien, die sie geschaffen haben. Die Durchführung der Agrarreformgebung erfolgte zu langsam, wodurch die Kleinbauern ungeduldig wurden. Die Arbeitslosigkeit konnte angesichts der kritischen Lage der Weltwirtschaft nicht beseitigt werden und auch die kulturelle Lebung der spanischen Bevölkerung kann nur das Werk von vielen Jahren sein.

Diese Umstände hat das spanische Bürgertum, haben alle reaktionären Klassen, die Grundbesitzer ebenso wie die Geistlichen, dazu benützt, um einen Teil ihrer durch die Revolution verloren gegangenen Anhänger wieder einzufangen. Die reaktionären Kräfte einschließlich der Kirche — welche die Nonnen sogar zu den Wahlurnen trieb — haben einen entscheidenden Stoß führen wollen, der die spanische Revolution mitten ins Herz treffen sollte. Die sozialdemokratischen Parteien, die an dem Werke der Revolution einen so bedeutenden Anteil genommen haben, verfügen über noch keine so festgefügte, in alle Orte eingedrungene Organisation, um diesen Stoß der Reaktion erfolgreich abzuwehren. Das Entscheidende ist aber, daß bei diesen Wahlen zum ersten Mal die Frauen ihr Wahlrecht ausübten, Frauen, die noch niemals gewählt hatten, warfen diesmal ihren Stimmzettel in die Urne. Wie gering die politische Bildung der spanischen Frauen sein kann, mag daraus ersicht werden, daß noch im Jahre 1920 die Mehrheit der Frauen, genau 55 Prozent, weder lesen noch schreiben konnte. Spaniens Frauen stehen vor allem unter dem Einfluß der Kirche, der Geistlichen auf der Kanzel und im Beichtstuhl übt auf sie den stärksten Einfluß aus. Die Frauen haben für den Merkantilismus, für die Reaktion entschieden.

Diese Erscheinung, daß die Frauen, wenn sie zum ersten Male das Wahlrecht ausüben, zu Gunsten der Reaktion wählen, hat man auch in anderen Ländern beobachtet. Aber dieses vorübergehende Opfer muß die Demokratie bringen, denn es gibt kein hervorragendes Mittel, die Frauen zur politischen Betätigung heranzuziehen und ihre politische Bildung zu fördern.

